



Jahresbericht 2004

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Bonn, im Januar 2005

Inhalt

1. Überblick	5
2. Tätigkeitsschwerpunkte	6
2.1 Förderung der Gewaltprävention	6
2.2 Prävention durch Technik	9
2.3 Prävention von Wirtschaftskriminalität und Korruption	14
2.4 Prävention und Medien	15
2.5 Präventionsinformationssystem „PrävIS“	15
2.6 „Sichere Kommune“: Impulse für die kommunale Prävention	16
2.7 Europäische Zusammenarbeit	16
2.8 Prävention von Kriminalität rund um das Internet	20
2.9 Evaluation	21
2.10 Öffentlichkeitsarbeit / Kooperationspartnerschaften	21
3. Organisation und Finanzlage der Stiftung	25
3.1 Organisation	25
3.2 Personal	25
3.3 Finanzen	26
Anhang:	
Mitglieder des Kuratoriums	27
Mitglieder des Vorstandes	31

1. Überblick

Schwerpunkte der Arbeit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) bildeten im Jahr 2004 neben Ansätzen im primären Bereich solche zur Reduzierung von Tatgelegenheiten, zur kriminalitätseindämmenden Veränderung entsprechender Strukturen. Die initiierten Projekte, Veranstaltungen und eingerichteten Arbeitskreise bestätigen das breite, gesamtgesellschaftlich und auf Nachhaltigkeit angelegte Präventionsverständnis des DFK.

Die Förderung der Gewaltprävention hat für das DFK einen besonderen Stellenwert. Zur Umsetzung des Programms der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule, dessen Koordinierung unverändert einen Arbeitsschwerpunkt darstellt, wurde zwischenzeitlich bei den Adressaten der Empfehlungen der Sachstand der jeweiligen Initiativen und Programme erhoben. Gemeinsam mit einer Analyse der Ressourcensituation der Erziehungsberatungsstellen und einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zu den Implikationen des kulturell geprägten Männlichkeitsbildes auf die Problemstellung bildet diese Auswertung die Grundlage für die Berichterstattung an die Ministerpräsidentenkonferenz.

Der Arbeitskreis „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und Fortbildung am Beispiel der Polizei- und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“ hat in seinem Schlussbericht die sich aus der unterschiedlichen Aufgabenzuweisung sowie dem Rollenverständnis von Polizei und Jugendsozialarbeit ergebenden Probleme und Rahmenbedingungen für eine enge Zusammenarbeit der Institutionen dargelegt und Anregungen zur Verbesserung der organisatorischen wie rechtlichen Bedingungen für effektive Kooperationsformen unterbreitet.

Die Vertiefung der Themen „Gewalt gegen Senioren“ und „Häusliche Gewalt“ sowie Konkretisierungen zur Umsetzung einzelner Empfehlungen des Projektes „Prävention von Hass- bzw. Vorurteils kriminalität“ runden die Aktivitäten des DFK zur Gewaltprävention ab.

Auf dem Gebiet der technischen Prävention hat die Stiftung ihre bereits 2003 aufgegriffenen Themen „Kriminalprävention und Biometrie“ sowie „Prävention von Wohnungseinbruchskriminalität“ weiter geführt. So wurde z.B. im Rahmen eines Symposiums in Berlin mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Frage der Nutzungsmöglichkeiten von Biometrie zur Verbesserung der Flughafensicherheit diskutiert. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für weitere Gespräche mit den für die Sicherheit auf Flughäfen verantwortlichen Institutionen. Das Forschungsprojekt zur Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten wurde planmäßig im Frühjahr 2004 abgeschlossen. Die Ergebnisse – die insbesondere die Wirksamkeit kombinierter Maßnahmenpakete aus technischer Einbruchsicherung und Nachbarschaftskonzepten herausstellen – wurden anlässlich der SECURITY 2004 in Essen vorgestellt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Weitere Umsetzungsschritte sind zu entwickeln.

Im Arbeitskreis „Städte für mehr Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“ arbeiten die Fachebenen der politischen Verantwortungsträger und relevante Akteure der Wirtschaft aus dem Kreise der privaten Zustifter kooperativ an

Besonderer Stellenwert der Gewaltprävention

Kriminalprävention und Biometrie sowie Einbruchsprävention als Schwerpunktthemen der technischen Prävention

gemeinsamen Lösungsansätzen und Strategien. Den Schwerpunkt bilden Fragen der Qualitätssteigerung im Bereich kommunaler Prävention.

In allen Arbeitsfeldern legt das DFK großen Wert auf wissenschaftliche Expertise. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird diese aus unterschiedlichsten Wissenschaftsbereichen in die Stiftungsarbeit einbezogen und eine Evaluierung von Projekten und Aktivitäten vorgenommen, wie etwa bei dem Projekt „Hasskriminalität“ oder der Fachveranstaltung „Zuständigkeitsübergreifende Zusammenarbeit in der Kriminalprävention“.

Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Landespräventionsgremien und der Polizeilichen Kriminalprävention

Die Zusammenarbeit mit den Landespräventionsgremien und der Geschäftsstelle des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) hat sich weiter entwickelt. Ein Bedarf für eine stärkere Bündelung der Aktivitäten, z.B. durch gemeinsame, abgestimmte Behandlung von Themen, wird seitens des mit den Landespräventionsgremien und vergleichbaren Institutionen der Länder gebildeten Beirates nicht gesehen, wohl aber die Notwendigkeit stärkerer Vernetzung.

Als Kooperationspartner des „Deutschen Präventionstages“, durch die Herausgabe der Zeitschrift „forum kriminalprävention“, die Koordination des bundesweiten Präventionsinformationssystems „PrävIS“, den Internetauftritt „www.kriminalpraevention.de“ und durch die aktive Beteiligung am internationalen Informations- und Erfahrungsaustausch im „Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)“ und im Rahmen von Veranstaltungen des Europarates wird das DFK zunehmend als nationales Präventionsforum wahrgenommen. So wird das Forum vermehrt auch von Seiten der Wirtschaft in deren Aktivitäten einbezogen, wie z.B. im Rahmen der Arbeitsgruppe „Betrugsbekämpfung im Internet“ der Initiative D21. Den wachsenden Erwartungen kann die Stiftung infolge der insbesondere finanziell begrenzten Ressourcen jedoch nur eingeschränkt gerecht werden. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Finanzsituation werden deshalb weiterhin mit großem Nachdruck verfolgt. Dabei bedarf es auch in Zukunft uneingeschränkter, entschlossener Unterstützung.

Verstärkte Einbeziehung des DFK in die Arbeit Dritter

Dem Überblick folgend werden zunächst die Arbeitsfelder im Einzelnen dargestellt und anschließend die strukturellen Rahmenbedingungen aufgezeigt.

2. Tätigkeitsschwerpunkte

2.1 Förderung der Gewaltprävention

Koordinierung des Programms der Regierungschefs des Bundes und der Länder zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule

Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur umfassenden Förderung der Gewaltprävention

Im Juni 2003 beauftragte die Ministerpräsidentenkonferenz das Deutsche Forum für Kriminalprävention mit der Koordinierung der Umsetzung des Programms zur „Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule“. In enger Zusammenarbeit mit allen mit dieser Thematik und ihren zahlreichen Facetten befassten Einrichtungen und Institutionen, namentlich dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und der Polizeilichen Krimi-

nalprävention soll das Forum die Umsetzung der Empfehlungen fördern und die Initiative ergreifen, soweit sich dabei konkreter Handlungsbedarf ergibt.

Die Ergebnisse der Erhebung einschlägiger gewaltpräventiver Maßnahmen bei den zuständigen Bundesministerien und Fachministerkonferenzen, den Spitzenverbänden der Liga der freien Wohlfahrtsverbände, zentralen Kinder- und Jugendrechtsorganisationen sowie Sportverbänden in Bund und Ländern zu den jeweiligen Initiativen und Programmen werden zur Zeit ausgewertet.

Die umfangreichen Rückantworten bestätigen in einer ersten Einschätzung einen guten Standard hinsichtlich gewaltpräventiver Maßnahmen. Bundesressorts wie die betroffenen Fachministerkonferenzen haben sehr grundsätzliche und umfängliche Rückmeldungen übersandt. Von der Auswertung dürfen wertvolle Aufschlüsse erwartet werden.

Es zeichnet sich ab, dass fast allen der 176 Empfehlungen aus dem Bericht der MPK-Arbeitsgruppe mit einschlägigen Maßnahmen Rechnung getragen wird. Dabei gibt es in den einzelnen Bundesländern recht unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und auch spezifische Vorgehensweisen. Einen Ländervergleich strebt die Auswertung nicht an. Vielmehr geht es um die Überprüfung, ob in den fünf vorgegebenen Tätigkeitsfeldern Erfolg versprechende und auf Nachhaltigkeit ausgelegte Angebote bundesweit vorliegen.

Die bislang ausgewerteten Programme orientieren sich überwiegend an konkreten Risikobildern. Möglicherweise ergeben sich vor diesem Hintergrund grundsätzliche Fragestellungen im Kontext primärer, universeller Prävention und ihrer Bedeutung für die Kriminalitätsvorbeugung insgesamt.

Zur Umsetzung des Auftrags der Ministerpräsidentenkonferenz wurde u. a. in Kooperation mit der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (BKE) im Wege einer Befragung die Situation der Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB) erhoben, etwa die Nachfrage nach Beratung, die Finanzierungssituation, die Präventionsaktivitäten und die Zukunftsaussichten der EFB. Das Antwortverhalten war ausgesprochen positiv, die Rücklaufquote von nahezu 60 Prozent garantiert die Repräsentativität der Ergebnisse. Die unter Einbeziehung der finanziellen Situation durchgeführte Analyse soll helfen, den Status der EFB zu klären, ihren Stellenwert innerhalb des Arbeitsfeldes Prävention und die Rolle, die sie in Zukunft spielen können bzw. werden.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die Nachfrage nach Erziehungsberatung innerhalb des Zeitraums 2001-2003 beständig gestiegen ist, jedoch die Haushaltsmittel nicht im selben Ausmaß angewachsen sind. Der dem DFK wichtige Bereich primärpräventiver Ansätze wird als relevant angesehen, doch sei nur ein relativ geringer Zeiteinsatz hierfür eingeplant; nach Auskunft von mehr als der Hälfte der Beratungsstellen liegt dieser unter 10 Prozent. Nach der Erhebung liegen die Kernaufgaben der EFB im Bereich Krisenmanagement und in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen der Therapie.

Das Deutsche Jugendinstitut geht gegenwärtig der Frage nach, ob, wie und in welchem Maße das kulturell geprägte Männlichkeitsbild in spezifischen Präventionsfeldern wie Kindergarten, Schule, Jugendarbeit, Jugendberufshilfe und Sport Eingang findet. Diese Studie soll im Juni 2005 vorliegen und in den Schlussbericht aufgenommen werden.

Erhebung der Situation der Erziehungs- und Familienberatungsstellen

DJI-Studie zum kulturell geprägten Männlichkeitsbild; Vorlage des Schlussberichts im Herbst 2005

Anfang 2005 wird die Ministerpräsidentenkonferenz schriftlich über den Stand der Arbeiten zur Gewaltprävention informiert werden; der Schlussbericht soll zusammen mit konkreten Empfehlungen zur Herbstsitzung 2005 vorliegen.

Zur von den Regierungschefs erbetenen konzeptionellen Vorbereitung einer Öffentlichkeitsmaßnahme hat das DFK eine Agentur beauftragt, eine Konzeption zu erarbeiten. Im Ergebnis empfiehlt die Agentur die Zusammenführung und eine entsprechende Koordination bereits bestehender bzw. durchgeführter thematisch gleichgerichteter Kampagnen, die von einzelnen Bundesministerien bereits initiiert sind, wie z.B. die Kampagne „Kinder stark machen“ oder die Initiative „Bündnis für Familie“. Eine weitere neue Kampagne könnte keine zusätzliche Wirksamkeit entfalten. Derzeit werden konkrete Vorschläge für eine Koordinierung der jeweiligen Kampagnen zum Zwecke einer Intensivierung der Gewaltprävention auch im Wege der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, die insbesondere auf eine Förderung von Synergieeffekten abzielen.

Vorschläge für eine Koordinierung bestehender Öffentlichkeitskampagnen zur Gewaltprävention

Forschungsprojekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige, insbesondere junge Menschen“

Nach Abschluss des 2001 vom Bundesministerium der Justiz in Auftrag gegebenen Forschungsprojektes und Abnahme der Ergebnisse hat die Präsidentin des DFK entsprechend der Bitte des Kuratoriums in der Sitzung am 26. Januar 2004 die jeweils betroffenen Stellen und Institutionen um Stellungnahme zu den „Empfehlungen zur Prävention von Hasskriminalität“ der Arbeitsgruppe gebeten. Die für Anfang 2005 zu erwartenden Ergebnisse dienen als Grundlage zur Entscheidung und Beschlussfassung über die weitere Umsetzung der Empfehlungen. Der umfassende Projektbericht soll im 1. Quartal 2005 in zwei Bänden als Druckwerk zur Verfügung stehen. Im Frühjahr 2005 sollen die Ergebnisse und Umsetzungsansätze im Rahmen eines internationalen Symposiums mit Fachleuten diskutiert und ggf. für die Praxis weiter konkretisiert werden.

Abschluss des Forschungsprojektes „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige, insbesondere junge Menschen“

Einbeziehung der Adressaten der Empfehlungen zur Prävention von Hasskriminalität

Internationales Symposium im Frühjahr 2005

Daneben prüft das DFK gemeinsam mit Vertretern verschiedener Wissenschaftsbereiche Möglichkeiten für eine praxisorientierte Umsetzung der Ergebnisse im Rahmen eines Pilotprojektes. Gemeinsam mit dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist eine zweitägige internationale Konferenz zum Thema „Hasskriminalität – Empfehlungen für die kommunale Prävention“ in Paris geplant. Es ist beabsichtigt, im Prozess der Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung einen Leitfaden für die kommunalen Präventionsakteure zu erarbeiten.

Arbeitskreis „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und Fortbildung am Beispiel der Polizei- und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“

Im Oktober 2003 richtete das DFK auf der Grundlage der Empfehlungen des Forums „Jugend“ beim 7. Deutschen Präventionstag in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) einen interdisziplinären Arbeitskreis „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und

Arbeitskreis zur Entwicklung von Ansätzen koordinierter Aus- und Fortbildung von Präventionsakteuren

Fortbildung am Beispiel der Polizei- und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“ ein. Ziele der 16 Experten aus Jugendsozialarbeit, Landespräventionsgremien, Hochschulen, Fachhochschulen, Polizei und Jugendhilfe waren u.a. die Erarbeitung eines Grundlagenpapiers, die Entwicklung von Empfehlungen für die praktische Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit sowie die Formulierung eines Thesen- und Argumentationspapiers.

In seinem Ende 2004 vorgelegten Bericht stellt der Arbeitskreis die sich aus der unterschiedlichen Aufgabenzuweisung sowie dem Rollenverständnis von Polizei und Jugendsozialarbeit ergebenden Probleme und Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit der Institutionen dar. Um die sich aus einer Kooperation vor Ort ergebenden Chancen zu nutzen, gibt der Arbeitskreis Impulse zur Entwicklung einer professionellen Netzwerkarbeit auf der Grundlage beschriebener Mindestinhalte für Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von Polizei und Jugendsozialarbeit. Seine vor allem fachpolitischen Forderungen zielen insbesondere darauf ab, die organisatorischen wie rechtlichen Bedingungen für effektive Kooperationsformen einschließlich notwendiger Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu verbessern.

Problemdarstellung der Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit

Fachpolitische Forderungen zur Verbesserung der organisatorischen wie rechtlichen Bedingungen

Gewalt gegen alte Menschen

Aufbauend auf den Ergebnissen des im Oktober 2003 vom DFK veranstalteten Workshops „Prävention von Gewalt gegen alte Menschen – private Initiativen“ (die Dokumentation wurde zwischenzeitlich als Broschüre herausgegeben und ist als Download auf der DFK-Homepage abrufbar) hat das DFK mit Vertretern aus Wissenschaft, von Präventionsgremien und Polizei die Möglichkeiten erörtert, dieses gesellschaftsrelevante Thema weiter zu befördern. Als Ergebnis soll in einem nächsten Schritt im Rahmen des 10. Deutschen Präventionstages im Juni 2005 in Hannover in Kooperation mit dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen durchgeführt werden.

Gemeinsame Veranstaltung mit ProPK zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen im Rahmen des 10. DPT im Juni 2005

Gewalt im sozialen Nahraum

Seit September 2004 beteiligt sich das DFK an den Arbeiten der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geleiteten Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“. Ein Sonderthema soll die Prävention von Häuslicher Gewalt gegen Frauen/Mädchen im Rahmen schulischer Arbeit sein. Der Arbeitsgruppe liegen die Ergebnisse einer Länderumfrage zu spezifischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen/Mädchen in der Schule sowie eine wissenschaftliche Auswertung vor. Die hieraus zu gewinnenden Erkenntnisse sollen in einer beim DFK einzurichtenden Expertengruppe sondiert und für die Praxis aufbereitet werden.

Mitwirkung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“

2.2 Prävention durch Technik

Arbeitskreis „Kriminalprävention und Biometrie“

Der aus Vertretern relevanter Behörden, der Wissenschaft, des Datenschutzes, der Fachverbände der Wirtschaft und anderer interessierter Vereinigungen zusammengesetzte Arbeitskreis „Kriminalprävention und Biometrie“ hat

Arbeitskreis „Kriminalprävention und Biometrie“

seinen thematischen Schwerpunkt „Flughafensicherheit und Biometrie“ weiterverfolgt.

Symposium „Biometrie und Flughafensicherheit“ am 31. März 2004

Am 31. März 2004 veranstaltete das DFK in den Räumen der Bundesdruckerei in Berlin eine Fachtagung zum Thema „Biometrie und Flughafensicherheit“. An der Veranstaltung nahmen über 100 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Behörden teil. Ziel war es, Impulse für den öffentlichen Diskurs zu geben.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Präsentation des im Arbeitskreis erarbeiteten Diskussionspapiers „Airport Security – Biometrische Applikationen zur Verbesserung der Sicherheit auf Flughäfen“.

Das Konzept enthält Vorschläge, wie Biometrie unter kriminalpräventiven Gesichtspunkten sinnvoll im Flughafenbetrieb einzusetzen ist, und beschreibt insbesondere die Einführung eines standardisierten „Flughafenausweises“ für Mitarbeiter der Flughafenbetreiber, der Fluggesellschaften und sonstiger im Sicherheitsbereich eines Flughafens tätiger Unternehmen.

Für das Symposium konnten Referenten aus allen relevanten Kreisen gewonnen werden, namentlich aus dem Bereich der Flughafenwirtschaft, der Wissenschaft, der Politik und des Datenschutzes. Die Veranstaltung wurde durch eine Podiumsdiskussion abgerundet, an der neben dem Bayerischen Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein die Biometrie-Experten der Bundestagsfraktionen Silke Stokar (Bündnis 90 / Die Grünen), Clemens Binninger (CDU) und Dr. Max Stadler (FDP) sowie der Bundesbeauftragte für den Datenschutz Peter Schaar teilnahmen. SPD Innenexperte Dr. Dieter Wiefelspütz hatte seine Teilnahme kurzfristig absagen müssen.

Die Inhalte des Symposiums wurden dokumentiert und in Form einer Broschüre herausgegeben. Sie sind auch als PDF-Datei unter www.kriminalpraevention.de abrufbar. Das Diskussionspapier „Airport Security – Biometrische Applikationen zur Verbesserung der Sicherheit auf Flughäfen“ steht dort ebenfalls als Download zur Verfügung.

Erörterung von Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung der Ergebnisse des Symposiums mit Flughafenbetreibern und Fluggesellschaften

In Folgeveranstaltungen im September und November 2004 wurden auf den konzeptionellen Überlegungen des Arbeitskreises und den Ergebnissen der Diskussion im Rahmen des Symposiums aufbauend Möglichkeiten der praktischen Umsetzung des Biometrie-Einsatzes zur Unterstützung der Flughafensicherheit im nicht-hoheitlichen Bereich unter Mitwirkung von Flughafenbetreibern und Fluggesellschaften weiter konkretisiert. Nun gilt es, die Umsetzung der Ergebnisse durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Aufzeigen von Anwendungsfeldern der Biometrietechnik bei sportlichen Großveranstaltungen

Mit Blick auf die Sicherheitserfordernisse der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wurden aus dem Arbeitskreis unter präventiven Aspekten Anwendungsfelder der Biometrietechnik zur Verbesserung der Sicherheit bei sportlichen Großveranstaltungen aufgezeigt und in einen seitens des BMI moderierten Entscheidungsfindungsprozess eingebracht. Ob und in welcher Weise die Vorschläge umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Das DFK steht hierzu in engem Kontakt mit dem BMI.

Projekt „Sicheres Handy“

In enger Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern hatte das DFK Mitte 2003 das Projekt „Sicheres Handy“ initiiert, um den Diebstahl von Mobiltelefonen einzudämmen. Ziel war es, im konstruktiven Dialog mit der Mobilfunkwirtschaft (Halbleiter-, Gerätehersteller und Netzprovider) die Beteiligung dieser an einem internationalen Sperrregister (CEIR) zu erreichen. Gestohlene Mobiltelefone könnten dann nach entsprechender Meldung des Gerätecodes (IMEI) für den weiteren Gebrauch in den teilnehmenden Mobilfunknetzen gesperrt werden. Dem Handydiebstahl würde so präventiv begegnet, da durch die Verhinderung der Nutzung die Attraktivität des Beutegutes erheblich reduziert wäre. Allerdings müssten sich alle Netzbetreiber – möglichst im europäischen Rahmen – an dem System beteiligen. Entsprechende Erfahrungen gibt es vor allem in Großbritannien, wo die „Handy-Sperre“ seit 2002 bereits implementiert ist.

Projekt zur Prävention des Diebstahls von Mobiltelefonen

Im Herbst 2003 begonnene Gespräche mit Chip- und Geräteherstellern und der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) sowie ein Workshop des BMI mit Vertretern der Mobilfunkwirtschaft haben deutlich gemacht, dass die Gerätehersteller die Einführung einer IMEI-Sperrdatei grundsätzlich unterstützen, während die Netzprovider mit Hinweis auf hohe Kosten und technische Hinderungsgründe (u.a. Mehrfachvergabe eines Gerätecodes) einer Implementierung des Sperrregisters in Deutschland skeptisch bzw. ablehnend gegenüber stehen.

Dialog mit der Mobilfunkwirtschaft

Vodafone hat aufgrund der Geschäftsbindung nach Großbritannien inzwischen eine entsprechende Datenbank zur lokalen Netzsperrung im D2-Netz innerhalb kurzer Zeit realisiert. BMI und DFK haben die Initiative ausdrücklich begrüßt. Chancen, die anderen auf dem deutschen Markt vertretenen Mobilfunkanbieter im Wege einer freiwilligen Selbstverpflichtung zu einer Beteiligung an dem Verfahren zu bewegen, werden momentan eher skeptisch gesehen.

Realisierung einer Datenbank zur Sperrung der Gerätenummern durch Vodafone

Deshalb sollen zunächst die Ergebnisse der Sicherheitsmaßnahme bei Vodafone-Deutschland abgewartet und parallel die britische Initiative zur europaweiten Sperrung von IMEI-Nummern im EU-Ratsgremium „Multi Disciplinary Group“ unterstützt werden.

Unterstützung der britischen Initiative zur europaweiten Sperrung von Gerätenummern

BMI und das DFK sind von der Wirksamkeit des technischen Präventionsansatzes „Handy-Sperre“ insbesondere bei der Bekämpfung von Straßenkriminalität, bei der Mobiltelefone häufig Beuteobjekte sind, überzeugt und deshalb an einer deutschlandweiten Umsetzung des Vorhabens im Wege der freiwilligen Selbstverpflichtung der Netzbetreiber nach wie vor sehr interessiert.

Forschungsstudie zur Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention

Im Auftrag des DFK vom März 2003 hat Herr Professor Dr. Thomas Feltes, Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie an der Ruhruniversität Bochum, eine Forschungsstudie zum Thema „Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten – eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von aktuellem Täterwissen“ durchgeführt. Mit verschie-

Wissenschaftliche Studie zur Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention

denen, methodisch unterschiedlichen Ansätzen wird die Fragestellung behandelt, wie Präventionsmaßnahmen im Zusammenhang mit Einbruchdiebstahl gestaltet sein sollten, damit sie optimale Wirkung entfalten.

Die in der Studie aufgezeigten Schlussfolgerungen und Präventionsansätze haben unterschiedliche Adressaten und betreffen verschiedene Dimensionen. So richten sich verhaltensorientierte und sicherheitstechnische Ansätze unmittelbar an potentielle Opfer und setzen somit bei der Eigenverantwortung der Bürger an. Darüber hinaus werden Kommunen, Polizei und Versicherern Empfehlungen unterbreitet, die strukturelle Verbesserungen ihrer Präventionsangebote bewirken sollen. Kriminalpolitische Anregungen werden insbesondere im Hinblick auf den Strafvollzug gegeben.

Konzeptioneller Ausgangspunkt der aufbereiteten Empfehlungen ist die Prävention auf kommunaler Ebene als dem unmittelbaren Raum für erlebte Sicherheit durch den Bürger. Damit korrespondiert das vom DFK verfolgte Ziel, bürgerschaftliches Engagement zu befördern, das mit einer eigenverantwortlichen Übernahme der Vorsorge für den persönlichen Schutz beginnt. Als wesentliche Ergebnisse der Studie sind festzuhalten:

Wesentliche Ergebnisse:

- *Sicherheitstechnische Maßnahmen am Wohnobjekt sind wirksam.*
- *Hoher Stellenwert verhaltensorientierter (Schutz-)Maßnahmen*
- *Etablierung erprobter Maßnahmen wie z.B. Crimemapping, Öffentlichkeitsarbeit, Polizeiliche Schwerpunkteinsätze und Ordnungspartnerschaften*
- *Notwendigkeit städtebaulicher Maßnahmen zur Förderung des sozialen Lebens und Reduzierung von Tatgelegenheiten*
- *Sicherheitstechnische und verhaltensorientierte Ansätze entfalten nur in abgestimmter Kombination optimale Wirkung*
- *Empfehlungen zur strukturellen Verbesserung von Präventionsangeboten sowie des Strafvollzugs*

- Sicherheitstechnische Maßnahmen am Wohnobjekt erweisen sich als wirksam. Es gilt, das Bewusstsein für die eigenverantwortliche Einbruchsvorsorge und entsprechende technische Sicherungen an Gebäuden zu stärken. Durch Öffentlichkeitsarbeit – insbesondere auch über neue Medien sowie an die jeweiligen kommunalen Gegebenheiten angepasst – und die Fortsetzung der polizeilichen Beratung kann dies erreicht werden.
- Verhaltensorientierte (Schutz-)Maßnahmen haben ebenfalls einen hohen Stellenwert. Einbruchstäter versuchen in der Regel ihr Entdeckungsrisiko so gering wie möglich zu halten. Nachbarschaftliche Wachsamkeit wird von Einbrechern immer dort unterstellt, wo auch nachbarschaftliches Zusammenleben erkennbar stattfindet. Den kommunalen Verantwortlichen wird empfohlen, das soziale Leben in allen Aspekten zu fördern und zu unterstützen. Letztlich ist das Bewusstsein der Bürger für ein verantwortliches Miteinander zu stärken, das die Lebensqualität erhöht und „objektive wie subjektive Sicherheit“ verbessert. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls empfohlen, geeignete Ansätze zur Förderung sozialer Kompetenzen und auch sozialer Kontrolle zu intensivieren.
- Um besonderen bandenmäßig agierenden Tätergruppen wirksam entgegenzutreten zu können, werden die Polizei und die örtlichen kriminalpräventiven Gremien darin bestärkt, bereits erprobte Mechanismen zu etablieren, um auf örtliche deliktische Brennpunkte gezielt und schnell sowohl präventiv als auch repressiv reagieren zu können. Stichworte sind Kriminologische Regionalanalysen / Crimemapping, zeitnahe Öffentlichkeitsarbeit, Schwerpunkteinsätze der Polizei, Ordnungspartnerschaften auch unter Einbeziehung privater Sicherheitsdienstleister.
- Obschon sich städtebauliche Gegebenheiten zunehmend im positiven, Sicherheit fördernden Sinne entwickeln, gibt es weitere Möglichkeiten der Um- und Neugestaltung, die das soziale Leben fördern und Tatgelegenheiten reduzieren. Erfolgreiche Konzepte (z.B. des Rates für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein / 2004 „Kriminalprävention in Stadtteilen“,

des Niedersächsischen Innenministeriums / 2003 „Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft“ sowie des ProPK / 2004 „Städtebau und Kriminalprävention“) werden nachdrücklich empfohlen.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass insbesondere die sicherheitstechnischen und verhaltensorientierten Ansätze der Prävention nur in ihrer – möglichst partnerschaftlich abgestimmten – Kombination eine optimale Wirkung entfalten. Im Rahmen der örtlichen kriminalpräventiven Strukturen sollten „maßgeschneiderte“ Konzepte entwickelt und dabei unterschiedliche Beratungsangebote und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zusammengeführt werden.

Die Studie wurde Anfang Oktober 2004 im Rahmen der SECURITY – Sicherheitsfachmesse in Essen der Öffentlichkeit vorgestellt. Dort hat Professor Dr. Feltes seine Ergebnisse präsentiert und einem interessierten Fachpublikum zur Diskussion gestellt. Die Untersuchung ist als zusammenfassende Broschüre bei der Geschäftsstelle des DFK erhältlich und steht ebenso wie auch wesentliche Teile der Studie auf der DFK-Homepage als Download zur Verfügung.

*Präsentation der Studie
im Rahmen der SECURITY
2004*

Gemeinsam mit dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) wird für den Jahresbeginn 2005 eine breit angelegte Sensibilisierung der betroffenen Akteure insbesondere auf kommunaler Ebene vorbereitet. Außerdem hat die Stadt Düsseldorf die insbesondere an den kommunalen Bereich adressierten Empfehlungen im Sinne eines Pilotprojektes aufgegriffen, um exemplarisch möglichst konkrete Effektivierungsmöglichkeiten für die Einbruchsprävention auf kommunaler Ebene aufzuzeigen.

*Sensibilisierung der
kommunalen Ebene
Anfang 2005 gemeinsam
mit ProPK*

Missbrauch von Debitkarten im elektronischen Lastschriftverfahren (ELV)

Der Arbeitskreis II Innere Sicherheit der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren hatte die Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention gebeten, in Zusammenarbeit mit dem DFK auf Bundesebene mit den zuständigen Vertretern des Einzelhandels und der Kreditwirtschaft Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, die zur Sperrung von missbräuchlich erlangten Debitkarten erforderlichen Daten bundesweit zentral an einer Stelle außerhalb der Polizei zu erfassen, um sie von dort aus allen am elektronischen Lastschriftverfahren beteiligten Unternehmen zeitnah zur Verfügung stellen zu können.

*Beteiligung an Gesprächen
zwischen ProPK,
Einzelhandel und Kredit-
wirtschaft zur Prävention
des Missbrauchs von
Debitkarten*

Ausgangspunkt hierfür war der rasante Anstieg der missbräuchlichen Verwendung gestohlener oder sonst abhanden gekommener Debitkarten.

In 2004 fanden mehrere Gesprächsrunden mit Vertretern des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, einzelner großer Handelsketten und der Verbände der Banken und Sparkassen (Zentraler Kreditausschuss) statt. Im Ergebnis wurde vereinbart, zunächst von der Idee einer weiteren zentralen Sperrdatei Abstand zu nehmen und vielmehr die bereits heute bestehenden Sperrsysteme der Kreditwirtschaft und die dort vorhandenen Informationen möglichst differenziert und damit intensiver zu nutzen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wird dazu weitere Umsetzungsschritte vorschlagen. Die Vertreter der Polizei und des DFK haben angeboten, die intensivere Nutzung der

zentralen kreditwirtschaftlichen Sperrsysteme durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig zu unterstützen.

2.3 Prävention von Wirtschaftskriminalität und Korruption

Arbeitskreis „Informationsrechte und Kriminalprävention“ zur Förderung der Kriminalprävention in der Wirtschaft

Ausgehend von dem Anliegen, die Prävention von Straftaten, die Unternehmen schädigen, zu verbessern, setzt sich der im Sommer 2002 eingerichtete interdisziplinär besetzte Arbeitskreis „Informationsrechte und Kriminalprävention“ mit grundlegenden Fragen zum Thema Informationsrechte, Informationsgewinnung und Informationsnutzung im Rahmen der Kriminalprävention in Unternehmen auseinander.

Leitfaden zu Informations- und Auskunftsquellen, den jeweiligen Nutzungsvoraussetzungen sowie zu notwendigen Überwachungsmaßnahmen bei betrieblichen Abläufen

Ein auf der Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises entwickelter Leitfaden soll im 1. Quartal 2005 vorliegen. Er enthält neben grundsätzlichen Informationen zum Informationsrecht eine umfangreiche Dokumentation einzelner Auskunftsmöglichkeiten sowie insbesondere Hinweise zu notwendigen Überwachungsmaßnahmen im Rahmen betrieblicher Abläufe und Optimierungsmöglichkeiten für die Kriminalprävention in der Wirtschaft.

Veranstaltungsreihe im Jahr 2005 zum Thema „Kriminalität im Unternehmen“

Für das Jahr 2005 plant die Stiftung eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Kriminalität im Unternehmen“, in deren Rahmen insbesondere mittelständische Unternehmen über ihre Möglichkeiten, Kriminalität im eigenen Unternehmen zuvorkommen, und über Verhaltensweisen im Schadensfall informiert werden sollen. Eine Beteiligung von ProPK an der Veranstaltungsreihe sowie an weiteren Umsetzungen zum Thema wird angestrebt.

Kooperation mit dem Anwenderrat für Wertemanagement

Das DFK hat auch 2004 eng mit dem Anwenderrat für Wertemanagement (AfW) kooperiert. Der AfW ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden und arbeitet zu den Themen Unternehmensethik, Compliance Management und Corporate Social Responsibility. Der AfW fördert damit die Kompetenzen der Unternehmen zu professionellem und ethischem Handeln und zur aktiven Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung – Aufgaben, die immer auch auf die Prävention von Wirtschaftskriminalität (z.B. Betrug, Korruption, Preisabsprachen, Bilanzfälschung) zielen. Neben der Entwicklung eines Leitfadens für Organisationen, die Werte- und Compliancemanagement-Systeme aufbauen oder eingerichtete Programme bewerten wollen, haben sich Vertreter des AfW im Jahr 2004 an einem von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojekt zur Bewertung und Weiterentwicklung der Konvergenz von Managementsystemen und Standards zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung beteiligt. Dazu wurden Business Roundtables in Paris, London, München und Rom durchgeführt. Der Abschlussbericht an die Europäische Kommission wird voraussichtlich im Frühjahr 2005 publiziert werden. Außerdem ist im Berichtszeitraum das „Handbuch Wertemanagement“ entstanden, ein von Praktikern für Praktiker geschriebenes Werk, das den aktuellen „Stand der Technik“ sowohl konzeptionell als auch anhand von Umsetzungsbeispielen aus den Unternehmen umfassend darstellt. Alle Informationen zur Arbeit des AfW sind über die Homepage des Zentrums für Wirtschaftsethik gGmbH abrufbar (<http://www.zfw-online.de>).

2.4 Prävention und Medien

Die vom DFK eingerichtete Arbeitsgruppe „Prävention in den Medien“ hat nach Möglichkeiten gesucht, vor allem das Fernsehen stärker für präventive Anliegen zu sensibilisieren und das Thema im Rahmen geeigneter Formate aufzugreifen. Dabei sollten insbesondere die Redakteure und Autoren von Unterhaltungssendungen mit speziell auf sie zugeschnittenen Informationsangeboten für das Thema interessiert werden.

Arbeitsgruppe „Prävention in den Medien“

Das DFK hat in Kooperation mit dem Internationalen Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) eine Analyse der Daily Soap „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ von einer Diplom-Medienpädagogin erstellen lassen. Die Analyse erfolgte auf der Grundlage eines ebenfalls im Auftrag des DFK erarbeiteten „Rasters“ zu bestimmten Gewaltphänomenen, anhand dessen ein Abgleich von in den Medien gezeigten und aus präventiver Sicht wünschenswerten Reaktionen ermöglicht werden soll.

Analyse einer Daily-Soap im Hinblick auf gezeigte und wünschenswerte Reaktionen auf Gewaltphänomene

Ziel der Analyse der Fernsehsendungen war, auf ihrer Grundlage fundierte Beratungsgespräche mit Produzenten von Serien zu führen und ebenfalls über aus präventiver Sicht wünschenswerte Chancen zur Erzählung von Gewaltphänomenen einschließlich sachgerechter Umsetzung zum Nutzen der Prävention.

Im November 2004 fand bei der Grundy UFA TV-ProduktionsGmbH in Potsdam-Babelsberg ein erstes entsprechendes Gespräch statt, an dem Vertreter von DFK und IZI teilnahmen. Im Ergebnis zeigte man sich seitens der Produktionsfirma erfreulich offen und sensibel für Belange der Prävention. Weitere Gespräche mit Medienverantwortlichen sind geplant.

Gespräche mit Fernsehproduzenten zur Sensibilisierung für Belange der Prävention

2.5 Präventionsinformationssystem „PrävIS“

Anlässlich des 9. Deutschen Präventionstages am 17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart stellten das DFK sowie die Landespräventionsgremien und/oder Landeskriminalämter aus Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen das gemeinsam konzipierte Präventionsinformationssystem PrävIS erstmals der Öffentlichkeit vor.

Präsentation des Präventionsinformationssystems „PrävIS“ anlässlich des 9. DPT in Stuttgart

Das vor dem Hintergrund der zunehmenden Professionalisierung der Präventionsarbeit und des erheblichen Informationsaufkommens in den mittlerweile mehr als 2 000 kommunalen Präventionsgremien entwickelte Informationssystem PrävIS verfolgt das Ziel, einen Überblick über die vorhandene Präventionslandschaft, konkrete Projekte und Initiativen zu schaffen. Den Akteuren der Präventionsarbeit bietet PrävIS eine Plattform zur Vernetzung und unterstützt den notwendigen Wissenstransfer, um konkrete Maßnahmen durch Erfahrungsaustausch zu verbessern. Es gilt, neben der Qualität, vor allem die Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Präventionsarbeit im weitesten Sinne zu fördern. Zudem bietet PrävIS eine auf die Bedürfnisse von Präventionsgremien zugeschnittene Komplettlösung zur Administration und Organisation der Arbeit und soll nicht zuletzt dazu beitragen, den Präventionsgedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Zielsetzung von PrävIS:

- Überblick über die Präventionslandschaft/-projekte
- Plattform zur Vernetzung
- Unterstützung des Wissenstransfers

Das von der Firma up_d@te Informationsverarbeitung in Hannover programmierte System umfasst dezentrale Erfassungsmodule, Vollversionen und eine Internetdatenbank, die unter Qualitätsgesichtspunkten ausgewählte Daten aller mit PräViS arbeitenden Gremien und Institutionen im Internet komfortabel recherchierbar zur Verfügung stellt. Die Internetdatenbank kann über die Homepages der beteiligten Gremien und Institutionen oder unter www.praevis.de aufgerufen werden.

Mehr als 2900 Datensätze im Internet recherchierbar

Interessierte können sich dort bereits jetzt in mehr als 2900 Datensätzen über Gremien, Institutionen, Veranstaltungen, Arbeitsgruppen, Kampagnen, Projekte sowie Literatur und Medien informieren. Dank der in allen Datensätzen enthaltenen Kontaktadressen können bei Bedarf weitere vertiefende Informationen eingeholt werden.

Auslieferung der weiterentwickelten Version PräViS 2.0 im Frühjahr 2005

Eine unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen der beteiligten Institutionen und Gremien sowie der Weiterentwicklung der Microsoft-Produktpalette (Windows 2003, MS-Office 2003) konzipierte Version PräViS 2.0 wird voraussichtlich im März 2005 zur Verfügung stehen. Sie bietet neben erweiterten Funktionalitäten und höherem Anwenderkomfort insbesondere auch die Möglichkeit, Daten parallel in ein Intranet, Extranet und das Internet einzustellen sowie eine benutzerfreundlichere und strukturiertere Datenausgabe der Internetrecherche.

2.6 „Sichere Kommune“: Impulse für die kommunale Prävention

Arbeitskreis „Städte für Toleranz und Gewaltlosigkeit“

Der Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“, in dem die Präventionsverantwortlichen der Städte Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Koblenz, Lübeck, Ludwigshafen und Stuttgart unter Leitung des Mitglieds des DFK-Vorstands und Beigeordneten der Stadt Düsseldorf, Herrn Werner Leonhardt, vernetzt sind, hat den Informationsaustausch zu Kriminalitätsentwicklungen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinflussenden Trends sowie zu den aktuellen Problemlösungsansätzen intensiviert. Weiterhin werden zur Zeit auf der Grundlage der jeweiligen Erfahrungen in den Städten Empfehlungen und Impulse für das kommunale Präventionsmanagement erarbeitet.

Der Arbeitskreis beabsichtigt zudem, die Themen „Gewalt in Schulen“ und „Schuldistanz“ mit Blick auf wirksame Präventionsstrategien zu vertiefen.

2.7 Europäische Zusammenarbeit

Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Enge Einbindung des DFK als eine der nationalen Kontaktstellen in die Arbeit des EUCPN

Im Rahmen des Zwei-Jahres-Programms werden die Akzente der Zusammenarbeit im EUCPN jeweils durch die halbjährlich wechselnden EU-Ratspräsidenten gesetzt. Im Vordergrund steht das gemeinsame Anliegen, bewährte Strategien und Methoden der Kriminalprävention europaweit auszutauschen und weiterzuentwickeln. Hierzu finden halbjährliche Arbeitstreffen, eine jährlich stattfindende „Best-Practice“-Konferenz und ein stän-

diger Informationsaustausch statt. Zudem wurden zu Einzelthemen (z.B. Jugendkriminalität, Sammlung von Statistiken) spezielle Arbeitsgruppen eingerichtet.

Im Berichtszeitraum haben folgende Aktivitäten unter Teilnahme eines DFK-Vertreters stattgefunden:

Am 13. Mai 2004 wurde in Kilkenny auf Einladung des irischen Repräsentanten im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention ein Plenary-Meeting zum Thema „Prävention von Jugendkriminalität“ abgehalten.

Im Programm wurde zunächst aus dem laufenden EUCPN – Forschungsprojekt der Universität Kent (Großbritannien) zum Thema „Überblick zum aktuellen Wissen über die statistische Entwicklung, die Risiko- und Schutzfaktoren sowie (Präventions-)Maßnahmen zur Reduzierung von Jugendgewalt in den Mitgliedstaaten“ berichtet. Es wurde deutlich, dass sich bereits bei dem Versuch, das Phänomen der Jugendgewalt für alle Staaten gleichermaßen einheitlich zu beschreiben, Schwierigkeiten ergeben. Das Definitionsproblem ist u.a. durch die unterschiedlichen sozialen, kulturellen und rechtlichen Handlungsrahmen begründet. Insbesondere ist die Rolle der unmittelbaren Sozialisationsinstanzen sehr verschieden ausgeprägt. Ein Vergleich der nationalen Statistiken ist aufgrund der jeweiligen Besonderheiten kaum möglich. Gleichwohl wird Jugendgewalt europaweit als zunehmendes Problem bewertet. Erklärungsgründe für die Gewaltneigung von Jugendlichen werden u.a. im unkontrollierten Medienkonsum und in den Sozialisationsbedingungen einer „Winner-Looser-Kultur“ gesehen. Elternhaus und Schule werden trotz aller kulturellen Unterschiede als wichtige Sozialisationsinstanzen benannt, auf die nachhaltige Präventionsprogramme auszurichten sind. Die Evaluation der Wirksamkeit bleibt nach wie vor ein schwieriges Thema, insbesondere wenn längere Zeiträume zu betrachten sind.

In einem Workshop „Interventions in juvenile crime“ wurden einzelne Projekte aus den Mitgliedstaaten vorgestellt. In der Diskussion bestand Einigkeit über die Notwendigkeit integrierter Ansätze (multi-agency-approach), bei denen die jeweils notwendigen Akteure aus ihrer Verantwortung heraus gemeinsame Programme entwickeln. Die Praxis zeigt, dass Erfolge insbesondere dann zu verzeichnen sind, wenn Projekte engagiert geleitet / moderiert werden – die Polizei hat dabei häufig eine unverzichtbare Initiativfunktion. Denkbar sind lokale Bündnisse oder vertragliche Vereinbarungen der örtlichen Akteure. Auch der Ansatz eines institutionalisierten kommunalen Präventionsmanagements wird als sinnvoll erachtet. Auf diesem Weg können sowohl die Bedürfnisse von Jugendlichen generell als auch besonderer Risikogruppen gezielter und besser berücksichtigt werden.

Jährlich führt das EUCPN eine Konferenz über erfolgreiche Präventionsprojekte aus den Mitgliedstaaten durch, in der auch Praktiker über Erfahrungen aus den Projekten berichten. Mit einer Konferenz „Good Practice in Crime Prevention“ am 7. Dezember 2004 in Den Haag bot das EUCPN nun zum dritten Mal ein Forum für die Mitgliedstaaten, bewährte Projekte vorzustellen und zu diskutieren. Themenschwerpunkte waren „Häusliche Gewalt“, „Jugendliche Intensivtäter“ und „Public Private Partnership.“

Plenary-Meeting zum Thema „Prävention von Jugendkriminalität“

Wesentliche Ergebnisse:

- *Ein Vergleich nationaler Kriminalitätsstatistiken ist auf Grund fehlender einheitlicher Definition von Jugendgewalt kaum möglich.*
- *Erklärungsansätze für Gewaltneigung bei Jugendlichen sind u.a. unkontrollierter Medienkonsum und die Sozialisationsbedingungen einer „Winner-Looser-Kultur“.*
- *Nachhaltige Präventionsprogramme sind auf Elternhaus und Schule auszurichten.*
- *Notwendigkeit integrierter Präventionsansätze*

Konferenz „Good Practice in Crime Prevention“ zu den Themen „Häusliche Gewalt“, „Jugendliche Intensivtäter“ und „Public Private Partnership“

Präsentation von vier deutschen Projekten

Von deutscher Seite wurden vier Projekte vorgestellt:

- Bielefelder Interventionsprojekt gegen männliche Gewalt in Beziehungen
- Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt
- Berliner Projekt „Fallschirm“ zur Stärkung der Lebenskompetenz von Intensivtätern, die noch nicht strafmündig sind
- Dürener Projekt „Strategien zur Reduzierung der Gewaltkriminalität: Cool im Konflikt“

Ergänzend ist zur zukünftigen finanziellen und organisatorischen Entwicklung des EUCPN folgendes zu bemerken:

Im Rahmen der Evaluation des EUCPN wird die Beibehaltung des Netzes in seinen bisherigen Strukturen befürwortet.

Die im Gründungsbeschluss vorgesehene Evaluation des EUCPN wurde im zweiten Halbjahr 2004 unter niederländischer EU-Präsidentschaft durchgeführt. Deutschland wie die Mehrheit der Mitgliedstaaten befürwortet die Beibehaltung des Netzes in seinen bisherigen Strukturen und sieht Verbesserungsmöglichkeiten z.B. durch eine Stärkung des Sekretariats. Der Evaluationsbericht wurde im Dezember 2004 finalisiert und zum Ende des Jahres vom Rat der EU gebilligt, der die Rolle des EUCPN bei der weiteren Entwicklung der Kriminalprävention in der EU betont und verschiedene Verbesserungen insbesondere hinsichtlich seiner finanziellen Ausstattung angesprochen hat. Auch in seinem „Haager Programm“, dem Mehrjahresprogramm zur Justiz- und Innenpolitik, fordert der Rat der EU eine weitere Stärkung des EUCPN und stellt sich damit gegen eine radikale Umstrukturierung des Netzwerkes. Die Kommission hat für den Anfang des Jahres 2005 eine Mitteilung zu diesem Thema angekündigt.

Das DFK übermittelt den Landespräventionsgremien regelmäßig die Arbeitsergebnisse des EUCPN durch newsmails und informiert in einer Rubrik „European News“ der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ kontinuierlich über die Entwicklung des Netzwerkes.

Zusammenarbeit im Rahmen des Europarates

Am 24. September 2003 hat das Ministerkomitee (Außenminister) des Europarates eine Empfehlung zu Kooperation und Partnerschaft in der Kriminalprävention innerhalb der Staaten mit ergänzenden Leitlinien beschlossen, Council of Europe, Rec(2003)21. Ausgehend von einem umfassenden Präventionsverständnis werden Voraussetzungen für und Anforderungen an die Kooperation der maßgeblichen Akteure (key actors) beschrieben; die Regierungen sehen sich aufgefordert, ihren verantwortlichen Beitrag zur Schaffung und Förderung entsprechender Strukturen zu erfüllen.

Seminar „Support of national structures to local violence prevention initiatives“ des Europarates

Ein vom Europarat veranstaltetes Seminar „Support of national structures to local violence prevention initiatives“ vom 15.-17. Juni 2004 in Brüssel ist Bestandteil des Projektes „Responses to violence in everyday life in a democratic society“. Je ein Vertreter von DFK und Landespräventionsrat Niedersachsen wurden als Experten eingeladen.

Ergänzend zu dem notwendigen Ansatz des horizontalen Erfahrungsaustausches zwischen konkreten, zumeist örtlichen Präventionsprojekten mit den Zielen des Wissenstransfers und der Verbesserung von Qualitätsstandards

sollte im Rahmen des Seminars die Frage erörtert werden, wie die vertikale Zusammenarbeit der Akteure unterschiedlicher Gebiets- und Staatsebenen verbessert werden kann. Insbesondere war es Ziel, die Möglichkeiten der Unterstützung lokaler Initiativen durch regionale und nationale Gremien bzw. Institutionen zu diskutieren.

In mehreren Länderberichten (Großbritannien, Deutschland, Dänemark, Niederlande, Tschechien, Portugal, Schweden/Estland, Italien, Belgien, Finnland) wurden die jeweils unterschiedlichen Strukturen beim Zusammenwirken der Akteure und Ebenen deutlich. Einhellig wird jedoch das Aktionsfeld für (Kriminal-)Prävention in erster Linie auf kommunaler Ebene gesehen. Daraus lassen sich Impuls-, Service-, Transfer-, Bündelungs- und Koordinationsfunktionen auf regionaler und nationaler Ebene ableiten. Ein signifikanter Unterschied zwischen einzelnen Staaten ist im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung kommunaler Projekte durch regionale oder nationale Gremien bzw. Ressorts festzustellen.

In den skandinavischen Staaten stehen den jeweiligen nationalen Präventionsgremien, die über personalstarke Geschäftsstellen verfügen, Budgets zur Verfügung, um nach spezifischen Schwerpunktsetzungen lokale Programme und Projekte finanziell zu fördern. In Tschechien werden Kommunen bei ihren Präventionsvorhaben mit einem nationalen Förderprogramm des Innenministeriums stimuliert und finanziert. Beachtenswert sind dort das strukturierte und transparente Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie die Auflage der Implementierung eines kommunalen Präventions-/Projektmanagements. In Großbritannien werden vom Home Office im Rahmen nationaler Prioritäten kommunale Projekte und Maßnahmen finanziert. Vergleichbar verhält es sich in Portugal und in den Niederlanden.

Eine generelle Leitlinie für eine „optimale“ Zusammenarbeitsstruktur wurde am Ende nicht favorisiert, wohl aber konnten einige Empfehlungen zu Funktionen eines nationalen bzw. auch regionalen Präventionsgremiums herausgearbeitet werden.

In der Zusammenschau lassen sich folgende Funktionen benennen:

„Center of Expertise“:

- Initiierung und Koordination grundlegender Forschungsarbeit
- Wissenstransfer
- Informationsmanagement zu Projekten, Programmen, Konzepten, Forschungsvorhaben und -ergebnissen, Kriminalitätsanalysen sowie Literatur

„Center of Methodology“:

- Hilfestellung bei der Prozessgestaltung, professionellen Konzeption und Umsetzung kriminalpräventiver Projekte
- Entwicklung von Standards für die Analyse von Risikofaktoren und Entwicklungsbedingungen von Kriminalität und für notwendige Erfolgsbedingungen präventiver Konzepte (etwa Ursachenorientierung, „multi-agency-approach“ / Kompetenzbündelung mit klaren Verantwortlichkeitsregelungen, Verankerung von Nachhaltigkeit)

Aktionsfeld für (Kriminal-) Prävention ist die kommunale Ebene.

Wesentliche Funktionen nationaler bzw. regionaler Präventionsgremien:

- „Center of Expertise“
- „Center of Methodology“
- Projektförderung

- Entwicklung und Implementierung von Aus- und Fortbildungsangeboten insbesondere für das Präventionsmanagement

Projektförderung:

- gezielte und transparente Stimulierung und (finanzielle) Förderung von erfolgversprechend begründeten oder von evaluierten Projekten ggf. im Rahmen von nationalen bzw. auch regionalen Programmen

In Deutschland teilen sich Landespräventionsgremien, die Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter sowie nicht zuletzt das DFK die Impuls-, Service-, Transfer-, Bündelungs- und Koordinationsfunktionen für die konkrete Präventionsarbeit und wirken dabei zunehmend zusammen. Mit dem Informationsverbund „PräViS“ entsteht ein europaweit einmaliges Instrument des Informationsmanagements und Wissenstransfers für alle Akteursebenen. Defizite lassen sich noch in der strategisch-programmatisch ausgerichteten Kooperation und Koordination erkennen.

PräViS als europaweit einmaliges Instrument des Informationsmanagements und Wissenstransfers

2.8 Prävention von Kriminalität rund um das Internet

Initiative D21

Im Rahmen der Initiative D21 arbeitet das DFK in der Projektgruppe „Effektive Betrugsbekämpfung – Sicherer Handeln im Internet“ mit. Die Initiative D21 e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, den Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft in Deutschland zu beschleunigen und die Chancen für Wachstum und Bildung zu nutzen. Sie ist Deutschlands größte Partnerschaft zwischen Politik und Wirtschaft, in der sich mehr als 400 Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, Unternehmen, Vereinen und anderen Einrichtungen engagieren.

Der erwartete Bericht der Projektgruppe wird ein Lagebild, Ausführungen zur Phänomenologie des Betruges im Online-Handel und eine Zusammenstellung erfolgreicher Bekämpfungsansätze enthalten. Darüber hinaus sollen Empfehlungen für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens gegeben werden. Das DFK achtet dabei auf die Berücksichtigung eines umfassenden Präventionsansatzes, der insbesondere primärpräventiven Aspekten, die auf die Entwicklung einer verantwortungsbetonten Kompetenz im Umgang mit den neuen Medien zielen, Rechnung trägt.

Anlässlich des D21-Jahreskongresses am 12. November 2004 in Bremen war die Stiftung zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Besser vorher wissen – Effiziente Betrugsbekämpfung im Internet“ eingeladen. Das DFK stellte das Internet als das Kommunikationsmedium der Zukunft und die damit einhergehende Notwendigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger, dieses Medium möglichst umfänglich, kompetent und risikobewusst zu nutzen, in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Die übrigen Diskussionsteilnehmer wie auch das Publikum bestärkten das DFK bei seinem Ansatz, dass eine umfängliche Medienkompetenz die entscheidende Grundlage sowohl für die Entwicklung dieses Mediums als auch zum Schutz der Internetnutzer vor Kriminalitätsfolgen ist. Für das Jahr 2005 plant das DFK eine grundsätzliche Aufarbeitung der sich aus der Entwicklung der neuen Medien ergebenden Kriminalitätsge-

Mitwirkung in der Projektgruppe „Effektive Betrugsbekämpfung – Sicherer Handeln im Internet“ der Initiative D21

Teilnahme an Podiumsdiskussion zum Thema „Besser vorher wissen – Effiziente Betrugsbekämpfung im Internet“ anlässlich des D21-Jahreskongresses

Grundsätzliche Aufarbeitung der sich aus der Entwicklung der neuen Medien ergebenden Kriminalitätsgefahren im Jahr 2005

fahren mit einer Prognose angesichts des rasanten Fortschritts der Informationstechnik und einer Prüfung der sich daraus ergebenden Handlungsbedarfe für die Kriminalprävention.

Bund-Länder-Projektgruppe „Gefahren des Internet für Kinder und Jugendliche“

Mit Beschluss vom 8. Juli 2004 hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) den AK Innere Sicherheit darum gebeten, in Zusammenarbeit mit ProPK und DFK das rechtliche Instrumentarium sowie die internationale Zusammenarbeit zu prüfen und Möglichkeiten einer verstärkten Einbindung der Anbieter von Internetdienstleistungen sowie zusätzliche präventive und repressive Maßnahmen darzustellen, die geeignet sind, Straftaten in diesem Bereich vorzubeugen und ein vermutetes Dunkelfeld aufzuhellen. Eine Projektgruppe unter Federführung des Bundeskriminalamtes wird ihren Bericht Anfang 2005 vorlegen.

Mitwirkung in Bund-Länder-Projektgruppe zum Thema „Gefahren des Internet für Kinder und Jugendliche“

2.9 Evaluation

Die Evaluation von Präventionsprojekten ist in Deutschland – anders als insbesondere im englischsprachigen Ausland – immer noch die Ausnahme. So führt die Campbell-Collaboration, eine im Jahr 2000 gegründete internationale Vereinigung von Wissenschaftlern, Metaevaluationsstudien zu präventionsrelevanten Themen durch. In diesen Studien werden Evaluationsergebnisse aus einer Vielzahl internationaler Projektevaluationen analysiert, methodisch bewertet und in einer Synthese zusammengeführt. Von deutscher Seite ist Prof. Dr. Friedrich Lösel, Universität Erlangen-Nürnberg, in der Campbell-Collaboration vertreten.

Förderung des Wissenstransfers und damit der Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen

Um die Informationslage über die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen und –modellen zu verbessern, hat das DFK bei Prof. Dr. Lösel Kurzfassungen der Campbell-Reviews in Auftrag gegeben, um sie in geeigneter Weise (z.B. PräViS, Internetpräsentation etc.) den Präventionsgremien in Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung zu stellen. Bisher liegen Ergebnisse zu den Themen „Videoüberwachung“ (Closed-circuit television) und „Soziale Kompetenztrainings für Kinder“ vor. Für das Jahr 2005 sind bislang sechs weitere Ausarbeitungen geplant.

2.10 Öffentlichkeitsarbeit / Kooperationspartnerschaften

Internetpräsentation / DFK-Newsletter

Die Präsentation des DFK im Internet mit einer eigenen Homepage (<http://www.kriminalpraevention.de>) hat sich auch im Jahre 2004 als geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland erwiesen.

Internetauftritt: www.kriminalpraevention.de

Die Homepage bietet zur Zeit mehr als 170 Verweisungen (Links) auf nationale und internationale Präventionsinitiativen und wird ständig weiterentwickelt. Ebenfalls findet man einen ausführlichen Präventionskalender auf

Monatlich 45 000 Zugriffe und 6 700 Besucher
Mehr als 1 300 Newsletterabonnenten

den Internetseiten und die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren.

Im Jahr 2004 blieb die Zahl der Zugriffe auf die Internetseiten mit durchschnittlich etwa 45 000 pro Monat unverändert ggü. dem Vorjahr. Die Besucherzahl erhöhte sich um ca. 26 Prozent auf monatlich mehr als 6 700. Mehr als 1 300 Personen und Institutionen haben den DFK-Newsletter abonniert. Die Internetpräsenz der Stiftung wird durch die Homepage der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ (<http://www.forum-kriminalpraevention.de>) ergänzt bzw. erweitert.

Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Herausgabe der Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“

Die durch das DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ ist ein wichtiges Sprachrohr der Stiftung. Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern, ist das zentrale Anliegen der Publikation. Zielgruppen sind Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden und darüber hinaus Polizei, Justiz, Kinder- und Jugendschutzinstitutionen, das Sicherheitsgewerbe, Medien, Politik, Kirchen und Gewerkschaften sowie interessierte Erzieherinnen und Erzieher.

„forum kriminalprävention“ wird durch den Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH (VdP) verlegt und erscheint viermal im Jahr. Chefredakteur ist Prof. Dr. Edwin Kube, Honorarprofessor für Kriminologie und Kriminalistik an der Universität Gießen und ehemaliger Leiter des Kriminalistischen und des Kriminaltechnischen Institutes im Bundeskriminalamt in Wiesbaden.

15 Ausgaben seit 2001

In den bisherigen Ausgaben wurden folgende Themen schwerpunktmäßig behandelt:

- Die sichere Stadt
- Gewalt- und Hasskriminalität
- Kinder- und Jugenddelinquenz
- IT-Sicherheit, Biometrie, Computer-Viren
- Wirtschaftskriminalität
- Aus- und Fortbildung in der Prävention
- Kriminalprävention im Ausland
- Prävention von Hasskriminalität
- Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften
- Prävention durch Technik
- Kommunale Kriminalprävention
- Gewalt gegen alte Menschen
- Frühprävention, Jugendliche Amokläufer, Mobile Jugendarbeit
- Einbruchsprävention aus Tätersicht
- Einblick in das DFK

Präsentation des DFK im Rahmen von Messen und Veranstaltungen

Im Jahr 2004 war das DFK auf der SECURITY, dem Deutschen Jugendhilfetag, dem 65. Deutschen Juristentag sowie den Landespräventionstagen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein mit einem Messestand vertreten. Präsentationsveranstaltungen, Diskussionsrunden und Fachtagungen im Rahmen der Offensive für Sicherheit des Bundesverbandes der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE) in Berlin, Gladbeck und Gütersloh, anlässlich der Mitgliederversammlung des BHE in Hannover, der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS) in Berlin und der Tagung „Sicherheit in und für Wien“ sowie an der Polizei-Führungsakademie in Münster und vor Besucherdelegationen aus Kroatien und Bulgarien boten Gelegenheit, das DFK und sein Anliegen vorzustellen. Die Öffentlichkeitsarbeit fand dankenswerter Weise auch Unterstützung seitens einzelner Kuratoriumsmitglieder durch entsprechende Veröffentlichungen in hauseigenen Publikationen.

Öffentlichkeitsarbeit und medienwirksame Präsentation des DFK

Tagung des DFK-Beirates

Im Mittelpunkt der Tagung des DFK-Beirates am 27. September 2004 in Bonn standen die Information der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien sowie der Vertreterinnen und Vertreter vergleichbarer Einrichtungen und von ProPK über die aktuellen und geplanten Themenstellungen der Stiftung sowie die Erörterung von Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Interesse von Synergieeffekten.

DFK-Beirat

Neben dem Bedürfnis nach einer stärkeren Fokussierung des DFK auf die Kernaufgabe „Wissenstransfer“ besteht seitens der Beiratsmitglieder der Wunsch nach einer Verbesserung des Nutzens der europäischen Zusammenarbeit für die Kriminalprävention auf kommunaler und regionaler Ebene, insbesondere durch eine stärkere Einbeziehung in den Informationsfluss der Gremien. Das DFK wird dieses Anliegen in geeigneter Weise in die europäische Gremienarbeit einbringen.

Ein Bedarf für eine stärkere Bündelung der Aktivitäten von Landespräventionsgremien, ProPK und des DFK, z.B. durch gemeinsame, abgestimmte Behandlung von Themenstellungen, wird seitens des Beirates nicht gesehen, wohl aber die Notwendigkeit stärkerer Vernetzung.

Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“

Am 17. und 18. Mai 2004 fand in Stuttgart der 9. Deutsche Präventionstag mit dem Themenschwerpunkt „Kommunale Prävention“ statt. Etwa 1200 Besucher nahmen an dem umfangreichen Angebot an Vorträgen, Workshops und Ausstellungen teil.

Veranstaltungspartner des 9. Deutschen Präventionstages in Stuttgart

Das DFK beteiligte sich als ständiger Partner mit einem Messestand und einem Workshop zum Thema „Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention“ an der Veranstaltung.

Nach der Vorstellung der Forschungsergebnisse und Empfehlungen aus dem Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbe-

*Organisation und Moderation des Workshops
„Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention“*

sondere junge Menschen“ durch Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg (Universität Bielefeld) wurden aus dem Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Gewaltlosigkeit und Toleranz“ im DFK kommunale Projekte zur Förderung von Zivilcourage (Frankfurt / Chemnitz), zum Theater als Medium schulischer Gewaltprävention (Lübeck / Stuttgart) und zu Möglichkeiten von Anti-Gewalt-Trainings (Ludwigshafen / Stuttgart) präsentiert. In einer Podiumsdiskussion unter Moderation von Prof. Dr. Edwin Kube befassten sich Frau Renate Hendricks (Bundeselternbeirat), Prof. Dr. med. Manfred Cierpka (Universitätsklinikum Heidelberg), Prof. Dr. Rudolf Egg (DFK), Prof. Dr. Friedrich Lösel (Universität Erlangen-Nürnberg) und Herr Gerhard Müllenbach (Staatssekretär im Innenministerium des Saarlandes) mit dem Thema „Was ist uns die (Gewalt-)prävention wert?“ Abgerundet wurde der Workshop durch die Präsentation der bisherigen Überlegungen für eine Öffentlichkeitsmaßnahme zur Gewaltprävention.

Mit ca. 100 Teilnehmern war die Veranstaltung vergleichsweise gut besucht und hat durch die Diskussion wichtige Impulse für einen grundlegenden, sozialpolitisch fundierten Ansatz der primären Prävention gegeben.

Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Erste Verleihung des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention in Münster

Im Rahmen eines Festaktes im Rathaus der Stadt Münster fand am 30. September 2004 die erste Verleihung des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention statt. Der von der Stiftung Kriminalprävention unter Schirmherrschaft der Bundesministerin für Justiz und Präsidentin des Kuratoriums des DFK, Frau Brigitte Zypries, und des Oberbürgermeisters der Stadt Münster, Herrn Dr. Berthold Tillmann, erstmals ausgelobte Preis über insgesamt 50 000 Euro soll Akteure der Kriminalprävention nachhaltig motivieren und überzeugen, systematisiert zu arbeiten und evaluierte, benchmarkfähige Projekte durchzuführen.

Aus den 120 Bewerbungen um den Förderpreis wählte die Jury (Dagmar Pohl-Laukamp, Senatorin a.D., Lübeck; Priv.-Doz. Dr. Reinhard Kreissl, Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung e.V. Hamburg; Detlef Schröder, Polizei-Führungsakademie Münster; Norbert Seitz, Direktor der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention und Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes) sieben Preisträger aus, die ein Preisgeld in Höhe von je 7 000 Euro erhielten.

Der damalige sächsische Staatsminister des Innern und Vizepräsident des Kuratoriums des DFK, Horst Rasch, gratulierte den Preisträgern und lobte den Preis als einen wichtigen Impuls für ein strukturiertes, am Erfolg messbares und entsprechend methodisches Vorgehen bei der praktischen Präventionsarbeit – ein Anliegen, das nicht zuletzt angesichts in den nächsten Jahren kaum wachsender personeller wie finanzieller Ressourcen für die Präventionsarbeit zunehmend Bedeutung erlange. Im Rahmen des ausgelobten Preises und der Ermittlung der Preisträger habe sich gezeigt, dass die Präventionsarbeit in Deutschland über die Jahre eine deutliche Qualifizierung und Weiterentwicklung erfahren hat. So spiegelten die Preisträger bzw. die jeweils initiierten Projekte das breite Maßnahmenpektrum wider, das zur Eindämmung von Kriminalität notwendig sei.

Der Deutsche Förderpreis Kriminalprävention wird wiederkehrend, zunächst bis zum Jahr 2010, ausgelobt. Bewerbungen für die zweite Preisvergabe (2005) können ab dem 1. Oktober 2004 auf der eigens eingerichteten Seite im Internet www.institut.de oder www.stiftung-kriminalpraevention.de jeweils unter dem Menüpunkt „Förderpreis“ formulargestützt eingereicht werden.

Kooperationspartnerschaft mit der Deutschen Bahn AG

Die Deutsche Bahn AG setzt sich bereits seit mehreren Jahren mit dem Problem der Hass- und Gewaltkriminalität auseinander. Einmal im Jahr führen die Auszubildenden des ersten Lehrjahres einen bahninternen Wettbewerb zum Thema „Hass und Gewalt“ durch, dessen beste Projekte prämiert werden.

Die Arbeiten der Auszubildenden wurden dieses Jahr erstmalig im Rahmen einer jeweils eintägigen Wanderausstellung mit dem Titel „Engagiert und couragiert – Projekte der Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ in insgesamt sechs großen deutschen Bahnhöfen präsentiert.

Die Veranstaltungsreihe wurde am 28. September 2004 in Berlin durch den Vorstand der Deutschen Bahn AG und mit einem persönlichen Grußwort der Bundesministerin der Justiz und Präsidentin des Kuratoriums des DFK, Frau Brigitte Zypries, eröffnet. Neben dem DFK nahmen an den Veranstaltungen eine Reihe lokaler und überregionaler Kooperationspartner wie z. B. der Weiße Ring, der Bundesgrenzschutz und örtliche Polizeibehörden teil, die im Rahmen der Ausstellung die Besucher über ihr Anliegen und ihre aktuellen Projekte informieren konnten.

Beteiligung an der Wanderausstellung der Deutschen Bahn AG zum Thema „Engagiert und couragiert – Projekte der Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“

3. Organisation und Finanzlage der Stiftung

3.1 Organisation

Das DFK nutzt für die Unterbringung seiner Geschäftsstelle unverändert die von der Stadt Bonn zunächst bis Ende 2005 angemietete Liegenschaft im Gebäude der ehemaligen Parlamentarischen Gesellschaft am Stiftungssitz in Bonn.

Der Direktor des DFK sowie drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in Räumlichkeiten des Bundesverwaltungsamtes in Berlin, Gotlindestraße 91, mietzinsfrei untergebracht.

3.2 Personal

In der Geschäftsstelle sind gegenwärtig 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Erfreulicherweise konnten die Arbeitsbereiche der im Jahr 2004 ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn auch teilweise erst mehrere Monate nach deren Ausscheiden, wieder nachbesetzt werden. Das DFK kann aus finanziellen Gründen nach wie vor kein eigenes Personal anstellen, sondern muss auf Kräfte zurückgreifen, die aus dem Kreis der Stifter zur Verfügung gestellt werden. Gegenwärtig haben der Bund sowie die Län-

*Personalbestand der Geschäftsstelle:
11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter*

der Berlin und Nordrhein-Westfalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle zugewiesen.

3.3 Finanzen

*Stiftungskapital:
2 711 700,12 EUR*

*Beitritt der KLÜH Security
GmbH und Erhöhung der
Stiftungseinlage durch
KPMG*

Das Stiftungskapital ist 2004 um 33 770 EUR auf derzeit 2 711 700,12 EUR gestiegen. Dies ist dem Beitritt der KLÜH Security GmbH, der Erhöhung der Stiftungseinlage durch die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf zwei Stimmanteile sowie einer Spende zu verdanken.

Als Ergebnis des Beitrittsbeschlusses der Landesregierung Brandenburg im Dezember 2004 und der Erhöhung ihrer Stiftungseinlage durch die Bosch Sicherheitssysteme GmbH auf vier Stimmanteile wächst das Stiftungskapital im Januar 2005 um weitere 60 000 EUR.

Das bei Gründung des DFK im Jahre 2001 als für die Stiftungsarbeit notwendig erachtete Mindestkapital von damals 10 Millionen DM ist damit zu rund 54 Prozent erreicht. Das Stiftungsvermögen wird – wie auch im Jahre 2003 – vom Bankhaus Sal. Oppenheim verwaltet.

*Entwicklung der Einnah-
men und Ausgaben*

Das DFK hat in 2004 über ein Budget von 179 546 EUR verfügt, das sich aus Zinserträgen (59 509 EUR), Zuschüssen des BMJ (80 000 EUR) sowie einem Übertrag aus dem Jahr 2003 zusammensetzt. Mit diesen Mitteln wurden sowohl die Kosten für den Betrieb der Geschäftsstelle (58 259 EUR) als auch Ausgaben für Projekte und sonstige Aktivitäten der Stiftung (88 890 EUR) bestritten. Außerdem hat das DFK im Jahre 2004 für das Bundesministerium der Justiz das 2001 begonnene Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige, insbesondere junge Menschen“ (Finanzvolumen insgesamt 182 019 EUR) und das vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft finanzierte und seit 2003 laufende Projekt „Wirksamkeit technischer Einbruchsprävention bei Wohn- und Geschäftsobjekten (Finanzvolumen insgesamt 50 000 EUR) durchgeführt.

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2004

Name	Institution
Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries (Präsidentin)	Bundesrepublik Deutschland
Uwe Glock (Vizepräsident)	Bosch Sicherheitssysteme GmbH
Franz Zipperle	Adolf Würth GmbH & Co. KG
Prof. Dr. Norbert Seidel	ARD
Uwe Gerstenberg	Bankhaus Sal. Oppenheim
Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Weißer Ring e.V.
Klaus Jansen	Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
Ulrich Hamann	Bundesdruckerei GmbH
Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Renate Schmidt	Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister des Innern Otto Schily	Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerin für Verbraucher- schutz, Ernährung und Landwirt- schaft Renate Künast	Bundesrepublik Deutschland
Dietmar Harting	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Dr. Volker Schulze	Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.
Dr. Urban Brauer	Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheits- systemen e.V. (BHE)
Jürgen C. Brandt	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Stadtdirektor der Stadt Duisburg
Dr. Kay Ruge	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Referent Deutscher Landkreistag
Uwe Lübking	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Beigeordneter Deutscher Städte- und Gemeindebund

Name	Institution
Dr. Manfred Wienand	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Beigeordneter Deutscher Städtetag
Holger Wenzel	Bundesvereinigung Deutscher Handelsverbände e.V. (BDH)
Wolfgang Waschulewski	Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS)
Stefan Bisanz	CONSULTING PLUS Sicherheitsberatung und Service GmbH
Jens Petersen	Deutsche Bahn AG
Prälat Dr. Karl Jüsten	Deutsche Bischofskonferenz
Konrad Freiberg	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Dr. Jürgen Möllering	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
Dr. Franz-Georg Rips	Deutscher Mieterbund e.V.
Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)
Prof. Dr. Peter Kapustin	Deutscher Sportbund (DSB)
Harald Steininger	Deutsche Telekom AG
Justizrätin Margit Fleckenstein	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland
Senator für Inneres und Sport Thomas Röwekamp	Freie Hansestadt Bremen
Innensenator Udo Nagel	Freie und Hansestadt Hamburg
Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein	Freistaat Bayern
Staatsminister des Innern Dr. Thomas de Maizière	Freistaat Sachsen
Innenminister Dr. Karl Heinz Gasser	Freistaat Thüringen
Dr. Edmund Schwake	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)
Andreas Nowak	Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Dr. Steffen D. Frischat	Giesecke & Devrient GmbH
Gunnar Rachner	KLÜH Security GmbH
Dieter John	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Innenminister Heribert Rech	Land Baden-Württemberg

Name	Institution
Senator für Inneres Dr. Erhart Körting	Land Berlin
Justizminister Dr. Christean Wagner	Land Hessen
Minister des Innern Dr. Gottfried Timm	Land Mecklenburg-Vorpommern
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Land Niedersachsen
Minister des Innern Dr. Fritz Behrens	Land Nordrhein-Westfalen
Minister des Innern und für Sport Walter Zuber	Land Rheinland-Pfalz
Minister des Innern Klaus Jeziorsky	Land Sachsen-Anhalt
Innenminister Klaus Buß	Land Schleswig-Holstein
Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport Annegret Kramp-Karrenbauer	Saarland
Ralf Brümmer	SECURITAS Sicherheitsdienste Deutschland Holding GmbH & Co. KG
Dr. Jörg Kopecz	Siemens AG
Michael von Foerster	Viisage Technology AG
Dieter Bulle	VISA Europe Services Inc.
Paul Spiegel	Zentralrat der Juden in Deutschland
Bernd Seibt	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)
Dieter Philipp	Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2004

Name	Institution
Prof. Dr. Rudolf Egg (Vorsitzender)	Kriminologische Zentralstelle e.V.
Norbert Salmon (Stellv. Vorsitzender)	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Norbert Seitz (Direktor)	Deutsches Forum für Kriminal- prävention
Dr. Klaus Abmeier	Bundesministerium der Justiz
Jörg Bülow	Schleswig-Holsteinischer Gemeinde- tag e.V.
Dieter John	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Norbert Küster	Custodis Gesellschaft für Verbands- beratung und Verbandsmanagement mbH / ZVEI e.V.
Werner Leonhardt	Stadt Düsseldorf (für die Bundes- vereinigung der kommunalen Spitzenverbände)
Reinhard Peters	Bundesministerium des Innern
Dr. Heribert Prantl	Süddeutsche Zeitung
Prof. Dr. Walther Specht	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
Jörg Ziercke	Bundeskriminalamt